

Begrüßung Frau Staatsministerin Malu Dreyer

anlässlich der Fachtagung

"Familie im Mittelpunkt – Anforderungen an eine zeitgemäße Familienpolitik"

am 6. Dezember 2007

im Heinrich-Pesch-Haus in Ludwigshafen

Redezeit ca. 20 Minuten

Die Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfolgt durch Frau Reiss vom SWR

Gliederung:

1. Begrüßung und Einleitung
2. Familienpolitik als Querschnittspolitik
3. Bedeutung von Familienpolitik
4. Ziele der Familienpolitik in Rheinland-Pfalz
5. zentrale landespolitische Herausforderungen und Aufgaben
6. Schluss

1. Begrüßung und Einleitung

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

herzlich Willkommen zu unserer Fachtagung „Familie im Mittelpunkt – Anforderungen an eine zeitgemäße Familienpolitik“. Ich **freue mich**, dass Sie **heute nach Ludwigshafen gekommen** sind und das an einem **Familihtag – dem Nikolaustag**.

Viele von Ihnen werden Ihren Kindern, Patenkindern oder vielleicht auch Nachbarskindern schon gestern Abend oder heute Morgen einen **gefüllten Stiefel vor die Tür** gestellt haben. **Viel Zeit, um die Freude der Kinder** zu sehen, ist Ihnen dann **vermutlich nicht mehr geblieben**, wenn Sie rechtzeitig haben hier sein wollen.

Um so mehr freue mich, dass Sie **heute mit uns eines der wichtigsten Politikfelder** diskutieren wollen. Und ich **hoffe natürlich**, dass Sie **am Ende** der Veranstaltung zum Ergebnis kommen, dass es sich - auch am Nikolaustag - **gelohnt hat, dabei zu sein**.

2. Familienpolitik als Querschnittspolitik

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

der **Titel der Tagung - „Familie im Mittelpunkt“ - ist Programm.** Das ist aber leichter gesagt als getan. **Denn welchen Gegenstand beschreibt eigentlich Familienpolitik?**

Familienpolitik ist **mehr als nur Politik für Mütter, Väter und Kinder.** **Familienpolitik ist Sozialpolitik**, denn es geht um die Gestaltung des Sozialen, um die Schaffung von Rahmenbedingungen, damit Menschen Lust auf Familie bekommen und damit Familien sich entwickeln und entfalten können. Familienpolitik ist **Sozialpolitik für alle Familien besonders aber für die, die unter schwierigen sozialen Bedingungen leben.**

Armut von Kindern und Familien durch die Sicherstellung elementarer Grundbedürfnisse **zu vermeiden, ist eine wesentliche Aufgabe der Familienpolitik.** Oftmals ist Armut mit einem ungenügenden Bildungsstand verwoben.

Deshalb ist **Familienpolitik immer auch Bildungspolitik**. Schule vermittelt **Bildungsinhalte und -abschlüsse.** Diese stellen eine Art **Eintrittskarte in die Gesellschaft** dar. Familienpolitik will **gerade für Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen** Bildung und **Bildungsabschlüsse, die Chancen eröffnen.**

Sozial- und Bildungspolitik hängen eng zusammen.

Dies zeigen auch die Ergebnisse der in diesen Tagen veröffentlichten **2. PISA-Studie**. Danach verbessern sich die Leistungen der deutschen Schülerinnen und Schüler:

Die Chancengleichheit allerdings bleibt in Deutschland **das zentrale Problem**. Besonders **nachdenklich stimmt der Befund**, dass der wirtschaftliche und der **soziale Status des Elternhauses** nach wie vor **große Auswirkungen auf die Leistungen** der Schülerinnen und Schüler hat. Deutschland ist weiterhin das **OECD-Land mit den stärksten migrationsbedingten Unterschieden**.

Ich denke, dass **Rheinland-Pfalz alle Anstrengungen** unternimmt, diesen **Zusammenhang von sozialer Benachteiligung und Bildungsarmut zu durchbrechen**.

Die schrittweise eingeführte **Beitragsfreiheit für die Kindertagesstätten** ermöglicht es **allen Kindern, Bildung von Anfang an** zu erhalten. Auch der **Ausbau von Ganztagschulen** ist ein bildungspolitisches Angebot für Kinder, das auch immer stärker genutzt wird. Hier ist **Förderung Programm**.

Familienpolitik ist aber auch Wirtschaftspolitik, denn Unternehmerinnen und Unternehmer können in vielfältiger Form dazu beitragen,

dass Männer und Frauen ihre **Erwerbs- und Familienarbeit gut miteinander vereinbaren** können. Familienfreundlichkeit in Betrieben ist mannigfach gestaltbar. Dies zu fördern ist **Aufgabe einer zukunfts-fähigen Wirtschaftspolitik.**

Familienpolitik ist auch Gesundheitspolitik, denn Gesundheit - und gerade die körperliche und seelische Gesundheit von Kindern liegt mir besonders am Herzen - ist für Familien eine **wesentliche Voraussetzung für ein zufriedenes und erfülltes Leben.**

Das **gesunde Aufwachsen** von Kindern zu ermöglichen, ist **eine der wichtigsten Aufgaben einer modernen Familienpolitik.** Körperlich gesunde, seelisch ausgeglichene Kinder wachsen zu selbstbewussten Menschen heran.

Gesundes Aufwachsen bedeutet dabei keinesfalls frei von Krankheit und Behinderung zu sein. Menschen mit Beeinträchtigungen, die rechtzeitig erkannt und früh behandelt werden, können lernen, diese Beeinträchtigungen als Teil ihres Lebens anzunehmen – und ihr Leben damit zu gestalten. Ich denke, es gibt **zahlreiche Beispiele für selbstbewusste Menschen mit Beeinträchtigungen.**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, **Familienpolitik ist auch Integrationspolitik.** Familien mit Migrationshintergrund sind in unserem Land keine Ausnahme mehr. In **Rheinland-Pfalz** leben heute etwa **688.000 Migrantinnen und Migranten** von der ersten bis zur dritten

und mittlerweile auch vierten Generation, knapp 300.000 von ihnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Das heißt also, durchschnittlich **15 Prozent der Gesamtbevölkerung** unseres Landes oder **jeder Siebte hat Migrationshintergrund**, wobei der **Anteil** innerhalb der nachwachsenden Generation noch viel höher liegt.

Familienpolitik als Integrationspolitik bedeutet vor allem, **Familien mit Migrationshintergrund die gleichberechtigte Teilhabe** am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dazu gehört die **interkulturelle Öffnung** aller Beratungs-, Bildungs- und Hilfsangebote für Familien. Und dazu gehören vor allem **verstärkte Bemühungen, um Kindern und Jugendlichen** aus Migrantenfamilien zu **guten Startbedingungen in Schule und Ausbildung** zu verhelfen.

In welchem Maß wir das erreichen, wird mit darüber entscheiden, wie Integration in unserer Gesellschaft gelingt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, Sie stimmen mit mir überein, wenn ich feststelle: **Familienpolitik ist Gesellschaftspolitik**, denn sie betrifft alle relevanten gesellschaftlichen Bereiche. Ich hätte die **Liste noch fortschreiben können**, aber ich denke, es ist deutlich geworden, dass Familienpolitik auch den **Auftrag hat, sich in andere Politikfelder**, wie die Arbeitsmarkt oder die Bildungspolitik, **einzubringen**.

Sie ist eine Querschnittsaufgabe ohne Erfolge in den "fremden" Politikbereichen kann sie nicht bestehen.

Meine sehr geehrten Herren und Damen, Sie haben sich im Stillen vielleicht gefragt, **was denn unter "Familie" zu verstehen ist**. Ich werde mich davor hüten, eine akademische Diskussion über den Familienbegriff zu führen. Entscheidend ist jedoch, **dass es „die“ Familie nicht gibt** und vermutlich auch nie gegeben hat.

Familie heißt Vielfalt und Familienpolitik muss sich mit ihrem Gestaltungsanspruch auf diese Vielfalt einlassen. Gerade der **Staat muss offen sein für die Vielgestaltigkeit des Lebens**, für die vielen unterschiedlichen **Formen verbindlichen Zusammenlebens**.

Für die Landesregierung ist

- **Familie ist überall da**, wo in verbindlichen Beziehungen **Kinder betreut und erzogen** werden.
- Und sie ist genauso auch da, wo in verbindlichen Beziehungen andere familiäre Aufgaben – ganz besonders die **Verantwortung für kranke, behinderte oder pflegebedürftige Familienangehörige** – geleistet werden.

Daraus folgt: **Familienpolitik muss** sich an der Vielfalt und Unterschiedlichkeit orientieren und dabei auch die **Dynamik und Prozesshaftigkeit im Familiengeschehen berücksichtigen**.

Familienpolitik „darf sich **nicht auf bestimmte normative Leitvorstellungen von Familie fixieren**“, heißt es im 7. Familienbericht der Bundesregierung. Sie muss **Familie als etwas Dynamisches begreifen**.

3. Bedeutung von Familienpolitik

Meine sehr geehrten Herren und Damen, noch vor zehn Jahren hätten nur wenige Politikerinnen und Politiker die **Familienpolitik** als eines der **wichtigsten Politikfelder** bezeichnet. Ich zitiere den inzwischen **legendären Satz von Konrad Adenauer** aus dem Jahre 1956: „Kinder bekommen die Leute sowieso.“

Dieser Satz beschreibt in aller Kürze die **Programmatik einer jahrzehntenlangen Familienpolitik**. Familie wurde als etwas Selbstverständliches, quasi Naturwüchsiges verstanden, das man getrost sich selbst überlassen konnte. Eine Einmischung, Unterstützung oder Gestaltung von Seiten der **Politik war nicht gefragt**.

Die **ehemalige Bundesfamilienministerin** Renate Schmidt hat Konrad Adenauers Satz dann viele Jahre später **ironisch verkehrt** und gesagt: "Kinder bekommen die Leute sowieso nicht." Und sie hat das **Dilemma damit auf den Punkt** gebracht.

Denn **womit Adenauer bei der Einführung des Umlageverfahrens in der Rentenversicherung nicht rechnete**, waren gesellschaftliche **Veränderungen**, die es den einzelnen Menschen möglich machten, eigene **Entscheidungen für eigene Lebensentwürfe zu treffen**. Eine **„Familie zu gründen“**, ist heute eine sehr bewusste Entscheidung, die von vielen Bedingungen abhängig ist. Und **Familienpolitik kann diese Rahmenbedingungen beeinflussen**.

In Rheinland-Pfalz hat sich die Zahl der Geburten in den letzten vier Jahrzehnten halbiert. Heute werden jährlich rund 32.000 Kinder geboren.

Ist diese demografische Tatsache ein Hinweis darauf, dass **junge Menschen heute keine Familie mehr wollen? Ich meine: Nein.**

Für mich als Familienministerin ist vor allem **wichtig**, dass der Wunsch nach Kindern bei den jungen Menschen heute immer noch **sehr groß** ist. Dies bestätigen eine ganze Reihe von Untersuchungen.

Eine im vergangenen Jahr von der **Universität Oldenburg veröffentlichte internationale Vergleichsuntersuchung** macht deutlich, dass trotz Geburtenrückgang, trotz steigender Scheidungszahlen, trotz abnehmender Eheschließungen und wachsender Kinderlosigkeit **keineswegs davon gesprochen werden kann, dass die Familie aus Sicht der jungen Menschen in einer Krise steckt** oder gar ein auslaufendes Modell ist.

Ehe und Familie bleiben für die meisten jungen Menschen die **ideale Lebensform** - sogar auch **dann, wenn sie selber keine Kinder wollen**. Die überwiegende Mehrheit, d.h. **76 Prozent der befragten deutschen Jugendlichen wünschen sich eigene Kinder**, während sich nur knapp 6 Prozent ausdrücklich dagegen aussprechen. 59 Prozent

wünschen sich, dass beide Partner einen Beruf haben und sich die Arbeit im Haushalt und bei der Betreuung der Kinder teilen.

Es ist deshalb ein **vorrangiges Ziel meiner Familienpolitik, die Rahmenbedingungen** für junge Menschen so zu verändern, dass sie sich ihren Wunsch nach Familie erfüllen können. Ich will die **Freude an einem Leben mit Kindern** wieder in den **Mittelpunkt familienpolitischen Handelns** rücken.

4. Ziele der Familienpolitik in Rheinland-Pfalz

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

der **Familienatlas 2007** belegt erneut, dass **Familienpolitik in Rheinland-Pfalz erfolgreich** ist. Der Landkreis **Bernkastel-Wittlich** und die **Stadt Landau** gehören danach **zu den zwölf Top-Regionen** für Familien in Deutschland. Die **Mehrheit der Landkreise** in Rheinland-Pfalz finden sich in den Kategorien „**etablierte, stabile oder aufstrebende Regionen**“ wieder.

Rheinland-Pfalz ist mit Blick auf **Betreuungsinfrastruktur, Bildung und Arbeitsmarkt, Vereinbarkeit** von Familie und Beruf, **Sicherheit und Wohlstand überdurchschnittlich familienfreundlich**. Und: Rheinland-Pfalz ist auch bundesweiter Vorreiter bei dem Ausbau der Ganztagschulen.

In **Rheinland-Pfalz hat sich in den letzten Jahren viel bewegt**. Mit dem **Landesprogramm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“** ist nicht nur kinder- und bildungspolitisch ein neuer Meilenstein gesetzt, sondern auch familienpolitisch unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Mit dem Landesprogramm wird ein **nachhaltiger qualitativer und quantitativer Ausbau der Betreuungsangebote** für Kinder unter drei Jahren vorangetrieben, der Anteil der **Ganztagsplätze wird erhöht**,

die **Beitragsfreiheit** wird schrittweise hergestellt und die **Sprachförderung** von Kindern im Vorschulalter intensiviert.

Vor nunmehr drei Jahren habe ich die **familienpolitische Kampagne „Viva Familia“** gestartet. Mein Ziel ist, **bessere strukturelle und kulturelle Rahmenbedingungen** für alle Familien in Rheinland-Pfalz zu schaffen, **benachteiligte Familien zu fördern** und **Lust auf und Mut zur Familie zu machen**.

Das Aktionsprogramm „Viva Familia“ umfasst zwischenzeitlich **über 20 Einzelprojekte**, die **mit den unterschiedlichsten Partnern** vor Ort erprobt und durchgeführt werden. Mit vielen Projekten haben wir wirklich **Neuland betreten**, wie beispielsweise mit der breitenwirksamen **Qualifizierung der Hebammen**.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, **Familienpolitik ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Land und Kommunen**. Nur in dieser Verschränkung ist eine nachhaltige und zukunftsweisende Familienpolitik möglich. **Familien erfahren und erleben Familienpolitik am unmittelbarsten in den Kommunen**. Hier entscheidet sich, ob Städte oder Landkreise für junge Familien, für Familien in der mittleren Lebensphase oder für Familien mit pflegenden Angehörigen attraktiv sind.

Familien sind immer noch der Ort, wo Menschen idealerweise Geborgenheit finden, Verantwortung füreinander übernehmen, Part-

nerschaft leben, Kinder erziehen, Krisen bewältigen und Angehörige pflegen. Aber jede Familie ist anders.

5. Zentrale landespolitische Herausforderungen und Aufgaben

Meine sehr geehrten Herren und Damen, wir haben heute eine **Menge an familienpolitischen Herausforderungen**. Dabei liegt mir ein Thema besonders am Herzen: Die **frühe Förderung von Kindern und ihren Familien**.

Spektakuläre und von den Medien transportierte Einzelfälle von Vernachlässigung und Kindesmisshandlung zeigen, dass **manche Familien überfordert sind**. Deshalb ist es notwendig, diese Familien zu unterstützen, ihnen zu **helfen, die Alltagsanforderungen zu bewältigen**.

Wir haben einen **Gesetzentwurf zur Förderung der Kindergesundheit und des Kindeswohls erarbeitet**, den der Landtag derzeit berät. **Mit diesem Gesetz** wollen wir **leicht erreichbare Zugangswege zum Hilfesystem für Familien** schaffen, **lokale Netzwerke** auf- oder ausbauen und die Beteiligung von Kindern an den **kostenlosen Früherkennungsuntersuchungen** erhöhen.

Der Anteil der **Kinder, denen die Gesundheitsvorsorge** durch Früherkennungsuntersuchungen **nicht zuteil wird** liegt gerade **bei benachteiligten Familien** zu hoch. Wir wollen ein **verbindliches Einladungswesen**. Allerdings wäre es ein **falscher Weg**, die Nichtteilnahme an den Untersuchungen durch Maßnahmen wie die wiederholt ins

Spiel gebrachte **Kürzung oder gar Streichung des Kindergelds zu sanktionieren.**

Um Kinder vor Vernachlässigung und Misshandlung zu bewahren, gilt es vor allem, **Eltern in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken.** Möglichst **schon vor der Geburt** eines Kindes sollten Eltern Unterstützungsangebote gemacht werden. Gemeinsam mit ihnen sollte geprüft werden, ob es Risiken gibt, die sie belasten.

Ermutigend finde ich die ersten Erfahrungen, die hier in Ludwigshafen und auch in Trier in dem Projekt „**Auf den Anfang kommt es an ...**“ gemacht werden. Ziel des Projektes ist es, den Blick der Geburtskliniken für Risiken in Familien zu schulen, damit diesen Familien eine **Unterstützung und Begleitung gleich von der Geburt des Kindes an** angeboten werden kann.

Beeindruckt hat mich, dass **alle 16 Familien,** in denen nach Einschätzung der Fachleute die Neugeborenen **großen Risiken** ausgesetzt waren, die **angebotene Unterstützung angenommen** haben. Keine Familie hat die Hilfe verweigert. Diese ersten Erfahrungen zeigen, dass **Hilfen, die rechtzeitig angeboten werden, auch angenommen** werden. Haben sich die Probleme hingegen entwickelt, ist es viel schwerer, sie zu überwinden. Die **Projekte zeigen also sehr deutlich: Auf den Anfang kommt es an.**

Gerade für die **Kinder, die von Armut bedroht oder betroffen sind**, müssen wir **gezielte Strategien** entwickeln, um ihnen einen guten Start ins Leben zu ermöglichen.

Zum einen kommt es darauf an, **die materielle Situation der Kinder zu verbessern**, z.B. durch die Förderung des **Mittagessens an Ganztagschulen** oder die **Unterstützung bei der Beschaffung von Lernmitteln**. Die Förderung des Mittagessens gibt es in Rheinland-Pfalz seit einigen Jahren. Um die Unterstützung bei den Lernmitteln zu erreichen, hat Rheinland-Pfalz einen entsprechenden **Antrag im Bundesrat** eingebracht.

Zum anderen ist es aber auch nötig, **die familienbezogenen Hilfeangebote so zu verbessern**, dass möglichst alle Familien – auch Familien in schwierigen Lebenslagen - davon profitieren. Unser Anspruch ist es, dass es **für alle Familien überall möglich ist, konkrete Hilfe** und Unterstützung durch Informations-, Beratungs- und Bildungsangebot zu erhalten. Was wir vor allem wollen, ist, dass die **Zugänge zu den Angeboten für Familien einfacher werden**.

Das **Landesprogramm „Häuser für Familien“** versucht, das zusammen mit den Partnern in den Landkreisen und kreisfreien Städten zu erreichen. Ein **besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Zusammenführung von Bildungs- und Beratungsangeboten** für Familien.

6. Schluss

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

Familienpolitik ist Zukunftspolitik. Ich habe versucht, das deutlich zu machen. Ich wäre **noch gerne auf andere Themen eingegangen**, aber ich bin mir sicher, dass **im Laufe des Tages noch viele interessante Aspekte** angesprochen werden.

Ich würde mich freuen, wenn von der Fachtagung Impulse für eine zukunftsfähige Familienpolitik in Rheinland-Pfalz ausgehen könnten.

Ich wünsche der **Veranstaltung einen guten Verlauf** und Ihnen allen **einen anregenden und interessanten Tag** mit spannenden und ertragreichen Diskussionen.

Vielen Dank.